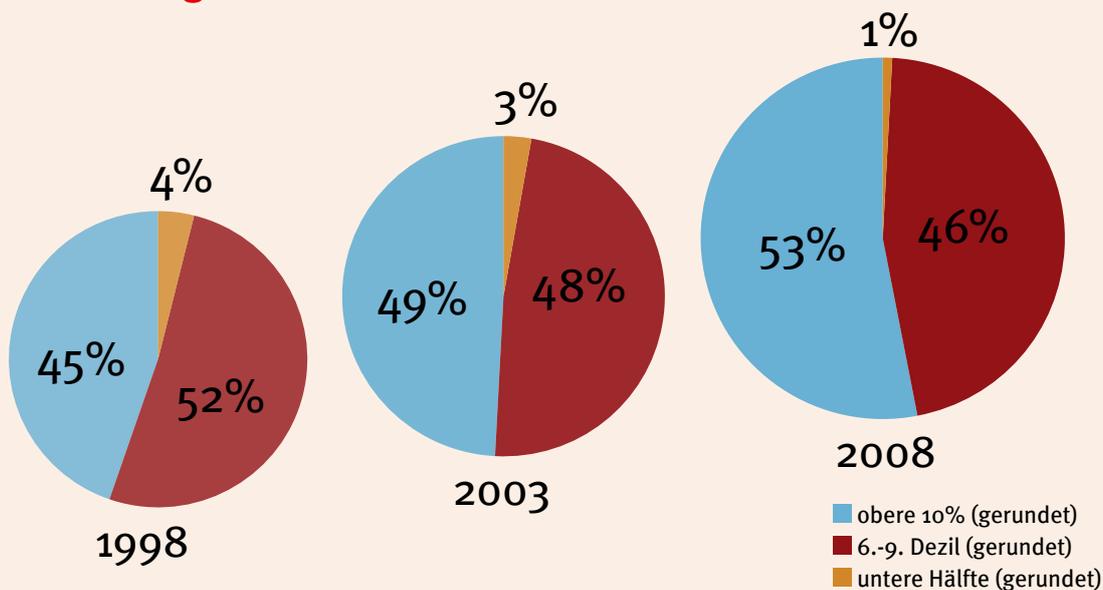


4. Armuts- und Reichtumsbericht:

FDP schafft Armut ab!

Nach monatelangem Gezerre hat das Bundeskabinett am 6. März den 4. Armuts- und Reichtumsbericht verabschiedet. Durch Intervention des Bundeswirtschaftsministers und FDP-Vorsitzenden, Philipp Rösler, wurde der Bericht mehrfach geschönt. Nun wird mit Aussagen zur ungleichen Vermögensverteilung und zu Löhnen, die zum Leben nicht reichen, gezeigt. Im Bericht ist die Armut nahezu abgeschafft. In der Praxis leider nicht.

Ungleiche Vermögensverteilung: Die vermögensstärksten 10% bekommen immer mehr



Grafik: IG Metall SOPAINFO Quellen: 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2012



Trotz der Beschönigungen enthält der Bericht auf den hinteren Seiten einige Informationen zur Vermögensverteilung und Einkommensentwicklung, die im Folgenden kurz zusammengefasst werden.

Die Reichen werden reicher

Das Vermögen der Superreichen hat sich noch einmal deutlich erhöht. Die reichsten 10 Prozent verfügten in Deutschland im Jahr 2008 über 53 Prozent des Privatvermögens. 10 Jahre zuvor belief sich dies auf „nur“ 45 Prozent.

Die Armen werden ärmer

Besitz die ärmere Hälfte der Bevölkerung 1998 4 Prozent des Gesamtvermögens in Deutschland, war es 10 Jahre später nur noch 1 Prozent. Selbst der Vermögensanteil derjenigen zwischen diesen beiden Gruppen (nämlich des 6. bis 9. Dezils) hat in diesem Zeitraum um 6 Prozentpunkte auf 46 Prozent abgenommen.

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei der Entwicklung der Bruttoerwerbseinkommen bis zum Jahr 2011. Die 10 Prozent der Erwerbstätigen mit den niedrigsten Ver-

diensten mussten im Zeitraum von 10 Jahren Realeinkommensverluste in Höhe von 6,1 Prozent hinnehmen. Demgegenüber hatten die 10 Prozent mit den höchsten Bruttoerwerbseinkommen ein reales Plus von 0,7 Prozent.

Auch der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten ist seit den 1990er Jahren deutlich gestiegen. Im Jahr 2010 arbeitete fast jeder vierte abhängig Beschäftigte unter der Niedriglohnschwelle von 9,15 Euro. Das sind fast 8 Millionen Menschen.

Worin liegen die wesentlichen Ursachen?

Die Renditevorgaben der internationalen Finanzmärkte hatten in den vergangenen Jahren massiven Einfluss auf die Politik der jeweiligen Regierungskoalitionen. Arbeitseinkommen wurden stärker be- und Gewinneinkommen entlastet.

Dies wurde zum ersten durch massive Steuersenkungen für Besserverdienende und Vermögende bewirkt, z.B. durch die Aussetzung der Vermögensteuer, die Senkung der Spitzensteuersätze und Senkung von Körperschaftssteuern.

Zum zweiten wurde der Arbeitsmarkt dereguliert, der Niedriglohnsektor und prekäre Beschäftigung ausgeweitet. Dies geschah z.B. durch die Streichung der Arbeitslosenhilfe, die Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeld I für Ältere, die Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen und Sanktionen sowie durch die Ausweitung der Leiharbeit.

Zum dritten wurden die sozialen Sicherungssysteme umgebaut. Beispielsweise werden die Rentenaltersgrenzen angehoben, das Rentenniveau gesenkt und die Finanzierung in der gesetzlichen Krankenversicherung immer stärker auf die Versicherten verlagert.

Zudem sanken die Nettoeinkommen vieler Beschäftigten. Vielen droht Armut trotz Arbeit und vielen droht Armut im Alter.

Ein Kurswechsel ist notwendig!

Auch die im 4. Armuts- und Reichtumsbericht verborgenen Fakten zeigen, dass ein Kurswechsel längst überfällig ist. Umverteilung von oben nach unten ist das Gebot der Stunde. Eckpunkte hierfür sind:

- Eine Steuerreform, die eine nachhaltige Finanzierung der öffentlichen Hand gewährleistet und hierfür hohe Vermögen und Einkommen stärker heranzieht – z.B. durch eine Vermögenssteuer, die Anhebung von Spitzensteuersätzen und durch das Stopfen von Steuerschlupflöchern.
- Eine solidarische Neuordnung des Arbeitsmarktes. Hierzu gehört die Einführung eines gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohns, die Umsetzung des Grundsatzes „Gleiche Arbeit, gleiches Geld, gleiche Rechte“ in der Leiharbeit und eine Verbesserung der sozialen Absicherung für Arbeitslose. Zusätzlich müssen die Zumutbarkeitsregelungen so gestaltet werden, dass sie vor Lohndumping schützen.
- Ausbau der sozialen Kranken- und Rentenversicherung. Etwa durch die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung bei der Rente und den Erhalt und die Anhebung des Rentenniveaus. Zusätzlich sind vorzeitige Ausstiegsmöglichkeiten statt Rente mit 67 erforderlich. Notwendig ist zudem die Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung in der Krankenversicherung.
- Nicht zuletzt muss der Anteil der Löhne am Volkseinkommen wieder gesteigert werden.



„Wir brauchen keine Schönfärberei, sondern eine realistische Analyse der Lage und wirksame Maßnahmen zur Armutsvermeidung.“

Hans-Jürgen Urban,
geschäftsführendes
Vorstandsmitglied der
IG Metall

„Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt.“

Diese Aussage fand sich in der Vorfassung des Berichtes an prominenter Stelle und wurde nun gestrichen. Die Bundesarbeitsministerin nennt diesen Vorgang „Ressortabstimmung“.

Impressum:

Herausgeber: IG Metall Vorstand,
Funktionsbereich Sozialpolitik,
60519 Frankfurt am Main

Verantwortlich: Hans-Jürgen Urban

Redaktion: Christoph Ehlscheid, Axel Gerntke,
Angelika Beier, Stefanie Janczyk

Gestaltung: Warenform

Das SOPOINFO kann direkt per Mail bezogen werden. Zur Aufnahme in den E-Mailverteiler bitte eine kurze Mail senden an:

agnes.stoffels@igmetall.de.
Abbestellung bitte ebenfalls per Mail an diese Adresse.

